



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 27.07.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg
- Beschluss des Auftragsumfangs für die
Vorplanung**

Vorl.Nr. 197/22

Abweichender Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt den Planungen durch den Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg (ZV) für das modifizierte Mitfall 1-Stadtbahnnetz mit den Strecken

- a. Markgröningen – Möglingen – Ludwigsburg Bahnhof (Vorlaufbetrieb) bzw. Bahnhofsvorplatz/ ZOB (Zielzustand)
- b. (Remseck a. N.-Aldingen) – Pattonville – Hindenburgstr. – LB Bahnhofsvorplatz/ZOB
- c. Netzverbindung zwischen Hindenburgstraße und Schorndorfer Str. durch die Oststraße, **OBweil Süd**
- d. Ludwigsburg Bahnhofsvorplatz/ZOB – Myliusstraße -- Wilhelmstraße -- Ludwigsburg-Schlösslesfeld, ~~OBweil Süd~~

gem. Anlage 1 die Vorplanung (HOAI-Leistungsphasen 1 und 2) sowie der darauf basierenden standardisierten Nutzen-Kosten-Bewertung (NKU) gem. der Verfahrensanleitung des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) zu.

2. Der Gemeinderat stimmt dem Bau der Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg auf folgenden Korridoren zu (sog. Stammstrecke PLUS). Dies umfasst im Einzelnen die Stadtbahnstrecken
- a. (Remseck a. N.-Aldingen) -- Pattonville – Hindenburgstr. – LB Bahnhofsvorplatz/ZOB – Schiller-Bypass (Querung der DB-Bestandsstrecke) – Schlachthofstr. (Einfädung in die Markgröninger Bahn) – Markgröningen – Schwieberdingen, sowie
 - b. LB OBweil Süd (Fellbacher Str.) – Comburger Kreisel – Schorndorfer Str. – Oststraße – Hindenburgstr. (weiter bis LB ZOB).

Im Sinne dieses Grundsatzbeschlusses stimmt der GR zu, dass der Zweckverband Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg für die unter Ziffer 2 genannten Stadtbahnstrecken auch die Entwurfs- und Genehmigungsplanung (HOAI-Leistungsphasen 3 und 4) mit vergibt.

3. Die Realisierung der Innenstadtstrecke von Ludwigsburg Bahnhofsvorplatz/ ZOB via Myliusstr. –

Arsenalplatz – Wilhelmstr. – Schorndorfer Str. – Comburger Kreisel Ri. Schlösslesfeld erfolgt als Option. Eine Entscheidung zur Realisierung wird zu einem späteren Zeitpunkt getroffen.

TOP 1

**Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg
- Beschluss des Auftragsumfangs für die
Vorplanung**

Vorl.Nr. 197/22

4. Die Beschlussziffern 1-3 stehen unter dem Vorbehalt der städtebaulichen Machbarkeit, einem positiven Nutzen-Kosten-Faktor aus der standardisierten Bewertung sowie in Hinblick auf den jeweiligen Endausbauzustand und der hieraus erwachsenden Finanzierungszusage durch den Zuschussgeber bzw. durch Mittel des Bundes-GVFG (vgl. Sachverhaltsdarstellung unten). Vor der Vergabe der Bauarbeiten wird nach Vorliegen des Planrechts und des Zuwendungsbescheids ein verbindlicher Baubeschluss durch die Verbandsversammlung des ZV getroffen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Der Beschluss zu den Ziffern 1.a. und 1.b. wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu der Ziffer 1.c. wird mit 29 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss zu der Ziffer 1.d. wird mit 26 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss zu der Ziffer 2.a. wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu der Ziffer 2.b. wird mit 30 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss zu der Ziffer 3 wird mit 26 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss zu der Ziffer 4 wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Dogan (zu Abstimmungen der Ziffern 1.a. bis 1.c.)
 - Stadträtin Schmidt
 - Stadtrat Prof. Vierling
 - Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die letzte Sitzung vor der Sommerpause und begrüßt die Anwesenden im Kulturzentrum, Großer Saal. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf. Er verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 21.07.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein erneuter Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. OBM Dr. Knecht führt in das Thema ein und eröffnet die Aussprache.

TOP 1

Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg - Beschluss des Auftragsumfangs für die Vorplanung

Vorl.Nr. 197/22

Stadträtin **Dr. Knoß** verweist auf das gute Miteinander von Oberbürgermeister, Landrat und den Sachverständigen des Zweckverband-Geschäftsführers. Man habe nach vergangenen Querelen an einem Strang gezogen und man stehe vor einer historischen Entscheidung und könne nun für die Zukunft planen. Sie hoffe, dass bei der künftigen Planung und deren Ausführung nicht viele Hindernisse kommen werden.

Auch Stadtrat **Herrmann** sieht in den vergangenen drei Jahren wesentliche positive Veränderungen. Bereits seit 29 Jahren sei man am Thema dran. Man habe zahlreiche Bedenken und Fragen gehabt, viele seien nun zufriedenstellend beantwortet worden. So sei nun z.B. klar, dass notwendig werdende Leitungsverlegungen zuschussfähig seien. Insgesamt stelle sich die Zuschussituation besser dar als früher. Früher ging es um einen Zuschuss von 60 Prozent, jetzt seien es 90 bis 95 Prozent. Dies sei ein wesentlicher Unterschied.

Heute werde die Planung und Verwirklichung der Stammstrecke, mit einer optionalen Erweiterung nach Schwieberdingen, beschlossen. Hingegen werde bei der Innenstadtbahnstrecke nur über die Planung entschieden. Man wolle sich nichts verbauen, so Stadtrat Herrmann zum Ja für die Planung zur Innenstadtbahnstrecke. Er betont aber, dass er diese Innenstadtbahnstrecke nicht für notwendig, in Teilen sogar für falsch halte. Über den Bau und die Realisierung der Innenstadtbahnstrecke werde erst in späteren Jahren entschieden. Seine Fraktion könne dem Beschlussvorschlag daher insgesamt zustimmen.

In der Summe sei seine Fraktion nicht gegen die Stadtbahn, aber gegen Teilstrecken der Planung, so Stadtrat **Lutz**. Wer die Innenstadtbahnstrecke auch nur plane, verschwende Gelder. Die Bahn dürfe in die Stadt führen, aber nicht durch die Stadt. Die Innenstadtbahnlinie bringe keinerlei Vorteile, sei eher hinderlich. In der Innenstadt und in die Stadtteile sei mit den LVL-Buslinien bereits ein wirtschaftlicher, flexibler und effizienter ÖPNV vorhanden. Eine Konkurrenz zu diesem zukunftsgerichteten Bussystem wolle man nicht. In Karlsruhe sei die Innenstadtbahn aktuell unter die Erde gelegt worden, weil eine Bahn durch die Innenstadt die Aufenthaltsqualität negativ beeinflusse, Oberleitungen das Stadtbild verschandeln und die Bahn in der Innenstadt ein Sicherheitsrisiko darstelle. Die lange Bauzeit einer Innenstadtbahnlinie werde den Einzelhandel massiv belasten. Er wünsche eine schnelle Reaktivierung der Bahnstrecke Ludwigsburg-Markgröningen und dankt dem Landkreis für die gute und kooperative Zusammenarbeit.

Er stellt den Antrag auf getrennte Abstimmung. Über die Ziffern 1.a. und 1.b. könne gemeinsam abgestimmt werden.

Es sei der bestmögliche Zeitpunkt für die Stadtbahn, resümiert Stadtrat **Maier**. Er sei überzeugt, dass die Innenstadt von der Stadtbahn profitiere. Diese Linie müsse kommen. Die Bahn bringe viele tausend Menschen in die Stadt, jedes weitere Auto nehme Platz weg. Eine Stadtbahn sei das Verkehrsmittel, welches am wenigsten Platz benötige. Die Diskussion um die Stadtbahn gehe nun schon über Jahrzehnte; er sei aber davon überzeugt, dass sich die Bauphase nur über wenige Jahre ziehen werde. Die Planung der Innenstadtlinie zum jetzigen Zeitpunkt anzugehen sei sinnvoll.

Die FDP-Fraktion werde unterschiedlich abstimmen, teilt Stadträtin **Knecht** zu Beginn ihrer Ausführungen mit. Sie hoffe über baldige Klarheit über die tatsächlichen Kosten. Einer Stadtbahn durch die Innenstadt und die Myliusstraße werde ihre Fraktion, auch künftig, nicht zustimmen. Die Reaktivierung der Markgröninger Linie unterstütze ihre Fraktion hingegen. Sie teilt mit, der Streckenverlauf unter der Beschlussziffer 1.d. beinhalte Oßweil Süd. Aus ihrer Sicht müsste Oßweil Süd unter der Ziffer 1.c. beschlossen werden.

TOP 1

Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg - Beschluss des Auftragsumfangs für die Vorplanung

Vorl.Nr. 197/22

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich für diesen Hinweis, dies werde bei der Abstimmung berücksichtigt (vgl. geänderter Beschluss)

Stadtrat **Müller** führt aus: „Ludwigsburg verändert sich ständig, meistens in Richtung Wachstum. Viele begrüßen dies, aber es sollte eine gesteuerte Entwicklung sein, sonst ist es ein Wuchern. Ein Wuchern erleben wir beim Verkehr, der sich leider immer noch als motorisierter Individualverkehr entwickelt. Weil der PKW-Bestand über die letzten 10 Jahre in Ludwigsburg um 16% wuchs, sollen es nun entsprechend mehr Parkplätze in der Innenstadt werden. Wie lange soll es so weitergehen? Aus diesen Gründen ist ein Umdenken dringend notwendig. Wenn die Stadt mehr als ein Ansammlung von Parkplätzen und vollen Straßen für den Autoverkehr sein sollen, dann sind andere Ziele für eine gesteuerte Entwicklung notwendig. Ein wichtiges Ziel für eine lebenswerte Stadt ist z.B. „Aufenthaltsqualität“. Diese kommt auch dem Einzelhandel im Kampf gegen dem Online-Handel zugute. Dazu bedarf es neuer Mobilitätsformen, die wir als Stadt gestalten und vorantreiben sollten. Neben dem Ausbau des Fuß- und Radverkehrs ist ein Ausbau des ÖPNV notwendig. Letzterer ist bisher primär durch Busse mit einem guten Angebot erfolgt. Aber weiteren Verbindungen zu Städten und Gemeinden im Umland mit noch mehr Bussen stoßen da an Kapazitätsgrenzen, insbesondere in der Wilhelmstraße. Hier ist die Stadtbahn ein Mittel, das gewünschte Mehr an Mobilität in nachhaltiger Form zu ermöglichen.

Es wird schon seit über 20 Jahre über die Möglichkeit einer Bahn durch die Innenstadt diskutiert, insbesondere in der Verbindung mit einer Wiederbelebung der Schienenstrecke Lbg-Markgröningen. Diese reaktivierte Strecke sollte schnell realisiert werden und kann nur der Anfang sein für eine weitere Entwicklung. So ist wurde in den früheren Untersuchungen bereits festgestellt: Der Strecke Lbg-Markgröningen alleine fehlt die Fortführung in die Innenstadt von Ludwigsburg, um rentierlich zu sein. An diesen Überlegungen hat sich nichts geändert.

Die geänderte Linienführung in Oßweil gewährleistet, dass diese Strecke technisch einfacher und sicherer realisierbar ist als die bisher geplante Strecke durch das Zentrum von Oßweil. Der Handel im

Ortskern von Oßweil scheint mit den Änderungen einverstanden zu sein, auch wenn so ein Teil der Kundschaft nun einen einfacheren Weg an ihm vorbei hat.

Wir sehen die "Stammstrecke Plus" aber nur als Kern für ein weiteres Netz an. Es lassen sich weitere Ergänzungen zu anderen Gemeinden und Städten im Umland vorstellen. z.B. nach Waiblingen, die eine tangentielle Verbindung für den Großraum Stuttgart wäre. Aber auch innerhalb der Stadt wären weitere Ergänzungen denkbar. Wie wäre es mit einer Seilbahn von Poppenweiler an die Endhaltestelle der Stadtbahn in Oßweil? Hier punktet die Vorteile einer Seilbahn bei der Topographie und man würde kein bebautes Gelände überfahren, woran andere Seilbahnprojekte gerne scheitern. Auch hätte Poppenweiler eine Attraktion mehr.

Der heutige Beschluss ist wahrscheinlich der wichtigste Beschluss in dieser Wahlperiode. Wir übertragen nun dem Zweckverband und seinen Gremien, in denen wir, die Linke nicht vertreten sind, die weitere Planung und den Bau der Stadtbahn. Wir hoffen, dass Sie Herr von Meißner und Ihr Team in Zusammenarbeit mit der ganzen Ludwigsburger Stadtverwaltung eine gute Arbeit leisten. Eine „gute Arbeit“ heißt an dieser Stelle auch, den Gemeinderat und die Öffentlichkeit über den Stand der Arbeit informieren und soweit möglich in den Planungsprozess miteinbeziehen. So wird hohe Zustimmung auch in der Bevölkerung erzielt.

Bereits heute will ich darauf hinweisen: Wir, die Linke, sind uns bewusst, dass diese Infrastrukturmaßnahmen an manchen Stellen das Stadtbild von Ludwigsburg und auch die Gewichtungen innerhalb der Stadt verändern wird, aber dies sollte nicht zum Nachteil sein. Zweitens: Wenn es dann zu Bau der Stadtbahn kommt, werden die Anwohner während der Bauzeit einige Einschränkungen und Unannehmlichkeiten an den Strecken hinnehmen müssen. Doch so bitte wir bereits heute um Verständnis. Veränderungen und Anpassungen sind notwendig, um eine Weiterentwicklung der Stadt zu ermöglichen.“

TOP 1

**Stadtbahn im Landkreis Ludwigsburg
- Beschluss des Auftragsumfangs für die
Vorplanung**

Vorl.Nr. 197/22

Die Bevölkerung wünsche sich weniger Lärm, weniger Staus, weniger Luftschadstoffe, so wie gute Verbindungen zwischen Wohn- und Gewerbegebieten, so Stadträtin **Kainz**. Daher sei heute ein guter Tag für Ludwigsburg, die Bahn sei ein Schritt weg vom verkehrspolitischen Stillstand. Die Kosten für das Schienenprojekt hätten sich über die vergangenen Jahre kontinuierlich nach oben entwickelt. Allerdings hätte sich auch die Zuschusssituation verbessert. Es handle sich um ein finanzielles Mammutprojekt. Heute werde keine Entscheidung zur Realisierung der Innstadtstrecke getroffen, daher könne sie der Vorlage zustimmen. Ein Eingriff in das barocke Stadtbild werde sie aber strikt ablehnen. Sie sei gegen Schienen in der Innenstadt. Man wolle weiterhin den Fuß- und Radverkehr fördern.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über die Ziffern 1.a. und 1.b. gemeinsam abstimmen. Bei den restlichen Ziffern erfolgt getrennte Abstimmung.

Beschluss:

1. Für die Parkierung in Eglosheim-Ost wird das dargelegte Parkraumkonzept entsprechend der Anlage 1 beschlossen. Es wird somit die Parkgebührenregelung der Zone 3 A bzw. eine Regelung mittels Parkscheibenregelung (Höchstparkdauer 2 Stunden) mit Gebührenbefreiung für die Bewohner durch kostenpflichtige Bewohnerparkausweise zu den jeweils geltenden Beträgen eingeführt. Auf die Einführung eines Monatstickets wird verzichtet. Mit der Parkraumbewirtschaftung soll ab 1. November 2023 begonnen werden.
2. Baubeschluss: Der Fachbereich Tiefbau und Grünflächen wird mit der Umsetzung des Parkraummanagements beauftragt. Es wird zugestimmt, im Stadtteil Eglosheim-Ost das Parkraummanagement einzuführen. Der Fachbereich Tiefbau und Grünflächen bekommt die dafür notwendigen Finanzmittel in Höhe von ca. 150.000 Euro in geeigneter Form (Verpflichtungsermächtigung bzw. Haushaltsansatz für 2023) durch diesen Beschluss zur Verfügung gestellt. Es handelt sich hierbei um eine Kostenschätzung, da zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung die wirtschaftlichen Entwicklungen nicht vorhersehbar sind (Inflation, Sanktionen, etc.).
3. Den Betriebskosten für die Parkscheinautomaten in Höhe von 20.000 Euro jährlich wird zugestimmt.
4. Die Technischen Dienste werden beauftragt, für die Wartung der Automaten Sorge zu tragen. Es wird zugestimmt, das hierfür notwendige Budget seitens des FB67 für die interne Leistungsverrechnung von den Technischen Dienste an den FB 67 um 5.000 Euro jährlich zu erhöhen.
5. Den anfallenden zusätzlichen Kosten für Münzgeldbearbeitung durch den WSD, Kartenzahlungen und paybyphone ab Beginn der Bewirtschaftung von geschätzt jährlich 8.000 Euro wird zugestimmt.
6. Der Fachbereich Nachhaltige Mobilität wird mit der Erstellung eines Konzeptes zur Bewirtschaftung des stadt eigenen Parkplatzes (P5) beauftragt. Ziel ist es, Mitarbeitenden aus dem zukünftigen Parkraumbewirtschaftungs-Gebiet, die ihre Arbeitsstätte nicht oder nur schwer mit dem ÖPNV erreichen sowie Ludwigsburger Bürgerinnen und Bürgern, die aufgrund von Berufstätigkeit insbesondere in den frühen Morgen- bzw. späten Abendstunden den S-Bahn halt nicht oder nur schwer mit dem ÖPNV erreichen, eine Parkmöglichkeit anzubieten. Den Ludwigsburger Bürgerinnen und Bürgern soll so der Umstieg in die S-Bahn ermöglicht werden.
7. Der Fachbereich Nachhaltige Mobilität wird beauftragt, die Parkraumerhebung in Eglosheim-West vorzunehmen und den Beschilderungsplan in Eglosheim-Ost zu erstellen. Er bekommt dafür im Haushalt 2023 die benötigten Mittel in Höhe von 28.000 Euro zur Verfügung gestellt.

8. Der Fachbereich Nachhaltige Mobilität, der die Information der Bürgerinnen und Bürger federführend verantwortet, bekommt dafür im Haushalt 2023 die notwendigen Mittel in Höhe von 10.000 Euro zur Verfügung gestellt.

TOP 2

**Einführung Parkraumbewirtschaftung
Eglosheim-Ost**

Vorl.Nr. 131/22

9. Der Gemeinderat beschließt im Vorgriff auf den Stellenplan 2023 die folgenden Stellen aufzunehmen:
- a. 2,3 unbefristete Stellen beim Städtischen Vollzugsdienst
 - b. 0,13 unbefristete Stellen bei der Bußgeldstelle
 - c. 0,25 unbefristete Stellen beim Fachbereich Finanzen für Buchhaltung und Forderungsmanagement
 - d. 1,0 unbefristete Stelle bei den Bürgerdiensten zur Ausgabe der Bewohnerparkausweise
 - e. 0,5 befristete Stelle für die Telefonhotline (ca. 6 Monate)
10. Der Gemeinderat beschließt die Einführung des Gewerbetickets in Eglosheim-Ost.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- OBM Dr. Knecht
- Stadträtin Schmidt
- Stadtrat Prof. Vierling
- Stadtrat Weiss
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** übergibt die Sitzungsleitung an BM **Manni** und verlässt zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal.

BM **Manni** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 21.07.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. BM Manni lässt über die Vorlage Nr. 131/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat schließt sich der Stellungnahme des Integrationsrates für ein solidarisches und friedliches Miteinander in Ludwigsburg an.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Schmidt
- Stadtrat Prof. Vierling
- Stadtrat Weiss
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport führt in das Thema ein und berichtet von der vergangenen Sitzung des Integrationsrats. Er dankt allen Beteiligten.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** führt aus: „In der Geschäftsordnung des Integrationsrats (IR) steht, dass der Integrationsrat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten, hat. Diesen kommt er mit einer Stellungnahme für solidarisches und friedliches Miteinander in Ludwigsburg nach. Das sollten wir alle tun. Wir schließen uns der Stellungnahme des IRs selbstverständlich an. Kriege zerstören nicht nur Städte, sondern auch Menschen und deren Seele. Die Bilder des Krieges sind die Realität unserer Zeit und sie sind grausam, ganz gleich ob in Aleppo, Kabul, Asmara oder in Kiew entstanden sind. Solidarität ist weder selbstverständlich noch natürlich! Solidarität ist eine Kraft und sie baut Brücken. Die Solidarität gegenüber ukrainischen Geflüchteten ist überwältigend. Wir wollen diese umfassende Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten unterstützen und gleichzeitig zeigen, dass unsere Solidarität allen Menschen gilt. Dass wir eine Stadtgemeinschaft sind, die in jeder Krise zusammenhält, für ein friedliches und respektvolles Miteinander steht und die Werte der Demokratie und des Grundgesetzes lebt. Wir können als Gremium so viele sinnvolle Beschlüsse fassen, so viele Straßen und Radwege bauen, Gebäude errichten und Sport und Kultureinrichtungen unterstützen! Die Grundlage für alles sind der soziale Zusammenhalt und das gelebte und friedliche Miteinander. Liebe Integrationsratsmitglieder, vielen Dank, dass sie mit ihrer Stellungnahme auf so ein wichtiges zentrales gesellschaftliches Thema aufmerksam gemacht haben.“

Ein solidarisches und friedliches Miteinander sei für alle sehr wichtig, so Stadträtin **Dr. Traub**, nicht nur als Statement, sondern umgesetzt im Alltag. Positiv sei, dass die Umfrage unter den Russischstämmigen ergeben habe, dass keine Nachteile erfahren worden seien. Jedoch fühlen sich

viele Menschen im Vergleich zu den ukrainischen Geflüchteten benachteiligt. Vieles sei aufgrund der gesetzlichen Grundlagen nicht zu ändern, jedoch appelliert sie alle Möglichkeiten für die Chancengleichheit auszuschöpfen. Die Hilfsbereitschaft dürfe nicht von der Herkunft abhängen. Sie sieht hierin ein Statement für alle Menschen in der Stadt. Jeder solle seinen Beitrag leisten. Sie dankt allen Beteiligten.

TOP 3

Stellungnahme für ein solidarisches und friedliches Miteinander in Ludwigsburg

Vorl.Nr. 245/22

Die Stellungnahme sei vernünftig und wichtig, so Stadtrat **Dengel**. Seine Fraktion stimme gerne zu. Er hoffe, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung anschließt.

Die Fraktion um Stadtrat **Dr. O'Sullivan** schließt sich ebenso an. Die Verantwortung dürfe nicht verwischt werden. Russland habe die Ursache gesetzt und wolle einen Keil zwischen die westlichen Staaten setzen. Die Menschen bei uns, egal welcher Herkunft, seien Teil einer Gemeinschaft.

Ludwigsburg sei weltoffen und stehe für ein friedliches Zusammenleben miteinander, so Stadtrat **Heer**. Er weist auf die Haltung seiner Fraktion zum Beitritt „Sichere Häfen“ hin. Die Stadt unterstütze die menschenwürdige Unterbringung, merkt er lobend an. Seine Fraktion stimme gerne zu.

OBM **Dr. Knecht** kehrt in den Sitzungssaal zurück und übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Feindseligkeiten und Auseinandersetzungen sollen in Deutschland nicht ausgelebt werden, so Stadtrat **Müller**. Er werde ebenfalls zustimmen.

Für Stadträtin **Kainz** gilt es zu beachten, dass jeder in eine Hilfesituation kommen könne. Sie stimme auch zu.

Nach dieser erfolgten Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlag Nr. 245/22 Beschluss fassen. Er dankt dem Gremium für die klaren Stellungnahmen. Die Verwaltungsleitung schließe sich mit Nachdruck an. Solidarität in der Stadt werde in den nächsten Jahren in besonderem Maße herausgefordert. Er dankt allen Beteiligten.

TOP 4

Ergebnisse der Bürgerumfrage - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** führt in das Thema ein. In Kooperation mit der Stadt habe die Hochschule eine Bürgerumfrage durchgeführt.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutern **Vertreter** der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg das Ergebnis der Bürgerumfrage 2022 und beantworten Rückfragen der

Gremiumsmitglieder. Die vorgestellten Ergebnisse seien noch nicht endgültig und werden in den nächsten Wochen differenziert ausgearbeitet. Die Anregungen aus dem Gremium werden zur weiteren Analyse mitgenommen.

OBM **Dr. Knecht** dankt dem gesamten Team. Aufgefallen sei ihm, dass die Wirtschaftsförderung bei der Umfrage auf Platz 21 stehe und gleichzeitig werden jedoch kostenträchtige Maßnahmen gefordert. Das Zusammenspiel von Wirtschaftsförderung und Gewerbesteuer sei vermutlich in der Bürgerschaft nicht immer klar erkennbar.

TOP 4 **Ergebnisse der Bürgerumfrage** **- mündlicher Bericht**

Stadtrat **Sorg** führt aus: „Es zeigt sich wieder Mal, dass die Menschen in Ludwigsburg schon sehr viel weiter sind, als wir hier manchmal glauben. 80 Prozent und mehr halten Bildungschancen, Kitas, mehr Wohnraum, Klimaschutz und Klimaanpassung für eher bis sehr wichtige Themen. Den Bürgerinnen und Bürgern ist bewusst, dass der Klimawandel mit großen Veränderungen und Anstrengungen einhergeht. Wir GRÜNE nehmen daher weiterhin unser Wählervotum ernst und werden diese Umfrageergebnisse auch in den Haushalt einfließen lassen: Die Bürgerinnen und Bürgern stehen wie wir zu mehr Ausgaben im Wohnungsbau, Kitas, Energiewende und Klimaschutz, Ausbau der Fahrradwege und Verbesserung der Luftqualität. Die Hälfte und mehr sagt, dass wir dafür mehr Geld ausgeben sollen. Das wollen wir auch und das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig.“

Stadtrat **Meyer** fragt, wie die Verwaltung mit dem Ergebnis umgehe. Bei der differenzierten Betrachtung bittet er darauf einzugehen. Die Befragung löse nicht die Probleme. Es müssen Abwägungen getroffen werden.

Die Ergebnisse seien wenig überraschend, so Stadtrat **Lutz**. Er fragt ebenso, wie die Ergebnisse in die Arbeit einfließen. Die Befragung sei dennoch wichtig und richtig und fragt, ob die Umfrage repräsentativ sei.

Stadträtin **Liepins** schätzt die Umfrage bei der Anzahl der Beteiligten als repräsentativ ein. Die Durchführung durch die Hochschule und nicht durch ein privates Büro, sei positiv. Die Ergebnisse hätten sie ebenso nicht überrascht. Die Problematik in der Realität liege in der Finanzierung.

Stadtrat **Eisele** geht auf die Validität und den angesetzten Zeitraum sowie die Verteilung in den Stadtteilen ein. Manche Themen müssten mehr differenziert werden.

Stadtrat **Müller** wünscht eine Aufschlüsselung und Detaillierung für die Stadtteile.

Das Thema Senioren sei nicht enthalten, merkt Stadträtin **Kainz** an.

Die **Vertreter** der der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg danken für die wertvollen Anregungen und gehen auf die Methodik ein. Alle Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren mit Erstwohnsitz in Ludwigsburg stellten für die Online-Umfrage die Grundgesamtheit dar. Hiervon seien rund 10.000 angeschrieben worden. Knapp 3.200 haben sich zurückgemeldet. Die Ausschöpfungsquote habe somit 32% betragen. Durch das gute Ergebnis konnte man auf ein

Erinnerungsverfahren verzichten. Die Gruppe der Senioren sei enthalten. Die Ergebnisse werde noch analysiert und differenziert. Die Bürgerumfrage sei ein Informations- und Steuerungsinstrument, es bietet Möglichkeiten für weitere Analysen und sei ein Baustein im Beteiligungsprozess.

Der Fragekatalog sei nicht abschließend, so OBM **Dr. Knecht**. Man wünsche ein umfassendes Meinungsbild der Bürgerschaft. Für künftige Priorisierungen sei diese Umfrage ein wichtiger Impuls. Abschließend teilt er mit, die Entscheidungskompetenz liege selbstverständlich weiterhin beim Gemeinderat.

TOP 5

**Ludwigsburg geht weiter
- Rückblick Werkstatt Zukunft mit Workshop zur
Räumlichen Perspektive**

Vorl.Nr. 230/22

Beratungsverlauf:

Da die Referenten zu TOP 4 noch nicht da sind wird die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 4 und 5 getauscht. TOP 5 wird damit vor TOP 4 behandelt.

OBM **Dr. Knecht** führt in das Thema ein. Das Stadtteilentwicklungskonzept stehe einerseits auf dem Prüfstand und andererseits solle es im Zusammenhang mit einer räumlichen Perspektive für die Stadt fort- und weiterentwickelt werden. Heute wird der Zwischenstand eines Prozesses vorgestellt.

Der **Leiter** und die **stv. Leiterin** des Referats für Stadtentwicklung, Klima und Internationales, sowie ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung berichten anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll).

Stadtrat **Sorg** teilt mit: „Es zeigt sich, dass uns die Zufallsauswahl eines Querschnitts durch die Bürgerschaft hilfreiche Hinweise liefern können. Hier entfaltet Bürgerbeteiligung eine qualitätvolle Wirkung und ist etwas anderes als die regelmäßigen Aufschreie, wenn sich Mal was vor der Haustür ändert. Schlussendlich die Entscheidung treffen, müssen jedoch Stadt mit dem Hauptorgan Gemeinderat. Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses „Ludwigsburg geht weiter“ sind wegweisend. Es herrscht Handlungsbedarf an der B27. Die derzeitige Verkehrssituation sei unbefriedigend. Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine Außenentwicklung. Wenn Entwicklung nach Außen; funktioniert das nur mit guten ÖPNV. Und es sollen keine reinen Einfamilienhaussiedlungen geplant werden. Aber weitere Hochhäuser sollen auch nur an ganz bestimmten Stellen entstehen. Die Klammer für diese Hinweise bilden die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum und Stärkung des Quartiersgedanken.

Gefallen hat mir das Zitat einer Zufallsbürgerin im Dokufilm: „Ne Meinung hat jeder, ne Ahnung nicht wirklich“. Zitat Ende. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich am 21. Mai intensiv mit der Stadtentwicklung befasst und Ahnung bewiesen. Wir sollten uns zu Herzen nehmen was dabei rausgekommen ist. Wir freuen uns darauf diese Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger Ludwigsburgs im Gemeinderat mit der Stadtverwaltung weiterzuentwickeln, damit Ludwigsburg auch

wirklich weiter geht. Wir sind bereit.

Stark, dass neben den Zufallsbürger:innen insgesamt 120 Personen an der Werkstatt Zukunft interessiert waren und so viele bei der Online-Befragung mitmachen. Das ist toll. Auch der Veranstaltungsort Stadtbad ist schön. Vielleicht könnten Sie - letzte Anmerkung - bei einer Wiederauflage prüfen wie Laufpublikum, Leute, die gerade so vorbeikommen, mehr einbezogen werden können.“

Stadtrat **Braumann** geht auf das Bürgerbeteiligungsformat ein. Die Anzahl der Zufallsbürger sei zu wenig. Viele Bürger nehmen digitale Angebote an. Die Gesamtstadt mit allen Lebensbereichen müsse betrachtet werden. Die Stimmungen aus den unterschiedlichen Beteiligungsformaten zu werten und kanalisieren sei eine Herkulesaufgabe. Der Aufwand sei enorm. Ein anderes Instrument solle entwickelt werden. Eine Neuauflage dieses Formates sehe er kritisch. Die Verwaltung müsse die Effektivität der Impulse prüfen. Einwohnerversammlungen seien angebracht und bringen ein hohes Maß an Transparenz. Die Bürger beteiligen, fördern und sensibilisieren sei wichtig. In der Stadt herrsche kein Stillstand, das sei gut. Zudem müssen die Themen auch finanziell gestemmt werden.

TOP 5

Ludwigsburg geht weiter - Rückblick Werkstatt Zukunft mit Workshop zur Räumlichen Perspektive

Vorl.Nr. 230/22

Die Formate seien positiv, so Stadtrat **Zeltwanger**. Jedoch bringen sich die Bürger hauptsächlich bei persönlicher Betroffenheit ein, dies müsse realistisch gesehen werden. Nur ein begrenztes Segment von Bürgern beteiligen und beschäftigen sich mit den Themen und dies sei nicht repräsentativ. Der Aufwand und das Angebot für das Beteiligungsformat im Stadtbad habe nicht im Verhältnis zur anwesenden Bürgeranzahl gestanden. Die Ressourcen der Verwaltung müssten effektiver eingesetzt werden. Die Abwägung zwischen Innen- und Außenentwicklung wie auch der Faktor Grün müsse ernsthaft diskutiert und Prioritäten gesetzt werden. Hierzu wünsche er sich konkrete Vorschläge und realistische Lösungen, insbesondere im Bereich bezahlbaren Wohnraum.

Stadtrat **Maier** sieht die Quantität der Bürgerbeteiligung in Summe kritisch, diese müsse mehr kanalisiert werden. Klare Kommunikationsfelder müssen geschaffen werden. Dies binde zudem viele Verwaltungsressourcen. Die engagierten Bürger dürfen nicht frustriert werden, indem nur Bedarfe abgefragt, aber nicht umgesetzt werden. Das Projekt mit den Zufallsbürgern sei interessant. Er fragt, ob mit diesen Bürgern weitergearbeitet werde.

Stadtrat **Haag** sieht die aufwändige Veranstaltung im Stadtbad ebenso zwiespältig. Die Schautafeln wie auch die Fragestellungen seien sehr komplex gewesen. Erkennbar sei nichts Neues hinzugekommen. Das Engagement der Verwaltung sei sehr hoch gewesen.

Vielen Bürgern falle es schwer sich an abstrakten Diskussionen zu beteiligen und das Engagement im Arbeitsalltag unterzubringen, so Stadtrat **Müller**. Es müsse ein anderes Format gefunden werden, um einen größeren Teil der Bevölkerung zu beteiligen.

Die Abfrage bei den Bürgern sei für eine Stadt wichtig, meint Stadträtin **Kainz**. Leider haben nur wenige teilgenommen. Sie geht auf die vergangene ehrenamtliche Arbeit der Bürgerschaft ein. Die

jetzige Abfrage unterscheide sich nur wenig von vergangenen Beteiligungen und Abfragen. Die Bürgerschaft mitnehmen, an den Weiterentwicklungen teilhaben lassen und die Ergebnisse transparent und verständlich darlegen, schaffe Vertrauen und den Willen zukünftig weiter mitzuarbeiten.

In Zukunft brauche es beides, Workshops mit Zufallsbürgern und Runden mit Interessenvertretern, führt OBM **Dr. Knecht** aus und dankt für die Redebeiträge. Die Zukunft der Stadt und die Umsetzung müsse in einen gesunden Einklang gebracht werden. Alle Beteiligungsformate werden auf ihre Sinnhaftigkeit beleuchtet.

Die **stv. Leiterin** des Referats für Stadtentwicklung, Klima und Internationales dankt für die Rückmeldungen und geht auf die offenen Fragen ein. Man habe bewusst auf eine Ideensammlung verzichtet. Sondern man wollte die Möglichkeit geben, den erarbeiteten Zielentwurf zu kommentieren. Leider konnte sich nicht jeder mit dieser abstrakten, komplexen und strategischen Ebene identifizieren. Mit den Zufallsbürgern werde vorerst nicht weitergearbeitet.

Im Anschluss schließt OBM **Dr. Knecht** diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 6

Zustimmung zur Wahl der AbteilungskommandantInnen und deren Stellvertretungen der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsburg

Vorl.Nr. 234/22

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Wahl der AbteilungskommandantInnen und deren Stellvertretungen der Abteilungen 2 bis 9 zu. Die Zustimmung erfolgt für folgende Personen:

Abteilung	Abteilungskommandant	Stellvertreter
2 (Innenstadt)	Simon Merkle	Sascha Lang
3 (Innenstadt)	Uwe Müller	Sebastian Herbst
4 Eglosheim	Peter Klumpp	Christopher Volle, Cornelia Volle
5 Hoheneck	Thorben Klein	Felix Bischoff, Peter Lehn
6 Ossweil	Oliver Ladenburger	Bernd Rosenkranz, Tobias Rogge
7 Pflugfelden	Alexander Huppert	Markus Noz
8 Neckarweihingen	Volker Mayer	Alexander Schmidt, Marvin Abele
9 Poppenweiler	Rainer Rottner	Tobias Hild, Gero Geiger

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Handel
- Stadtrat Heer
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadträtin Knecht

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 234/22. Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt er sogleich über die Vorlage Beschluss fassen.

Im Anschluss erfolgt die Urkundenübergabe an die neu gewählten Abteilungskommandanten und Stellvertreter.

Anschließend bedankt sich OBM Dr. Knecht bei den ehemalige Abteilungskommandanten und Stellvertretungen und übergibt Weinpräsentate.

Beschluss:

Die Audioaufzeichnungen der Sitzungen des Gemeinderats und seiner beschließenden Ausschüsse werden künftig dauerhaft aufbewahrt und ins Stadtarchiv Ludwigsburg übernommen.

Die Geschäftsordnung des Gemeinderats, § 33 Absatz 3, wird wie folgt neu gefasst:
„Die Verhandlungen werden zum Zwecke der Erstellung der Niederschrift auf Tonträgern aufgezeichnet. Diese werden danach ins Stadtarchiv Ludwigsburg übernommen und archiviert.“

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Schmidt
 - Stadträtin Prof. Vierling
 - Stadträtin Weiss
 - Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 174/22. Der **Leiter** der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Gremien erläutert den Sachverhalt. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Stadträtin **Andrea Molkenthin-Keßler** wird ab sofort für Bündnis 90/Die Grünen im Ludwigsburger Gemeinderat in den Bauausschuss wechseln. Im Gegenzug wird Stadtrat **Ulrich Bauer** vom Bauausschuss in den Wirtschaftsausschuss wechseln.
2. Stadtrat **Ulrich Bauer** übernimmt den Sitz von Stadträtin **Andrea Molkenthin-Keßler** im Aufsichtsrat der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH. Frau Molkenthin-Keßler wird Stellvertreterin.
3. Gemäß den geltenden Richtlinien zur Bildung von Stadtteilausschüssen wird auf Vorschlag der Linken

Herrn **Eike Budde**, Solitudeallee 4/2, 71636 Ludwigsburg
als Mitglied in den Stadtteilausschuss Weststadt berufen.

Herrn **Ivica Bedenikovic**, Rosenackerweg 42, 71634 Ludwigsburg
als Mitglied in den Stadtteilausschuss Eglosheim berufen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Schmidt
 - Stadtrat Prof. Vierling
 - Stadtrat Weiss
 - Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 181/22. Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt er sogleich über die Vorlage Beschluss fassen.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Fraktion Freie Wähler wird

Herr Andreas Rothacker, Reithausplatz 21, 71634 Ludwigsburg

als neues Mitglied (Vertreter aus der Bürgerschaft) in den Stiftungsrat der Bürgerstiftung Ludwigsburg berufen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Schmidt
- Stadtrat Prof. Vierling
- Stadtrat Weiss
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 244/22. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Beschluss fassen.